

vernehmlassungen-BiZ@sbfi.admin.ch

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

Bern, 14. Oktober 2015

Vernehmlassung Bildungszusammenarbeitsgesetz BiZG

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrter Herr Staatssekretär
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Juni 2015 haben Sie Private Bildung Schweiz PBS eingeladen, eine Stellungnahme zum Bildungszusammenarbeitsgesetz BiZG abzugeben. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und nutzen die Gelegenheit der Mitwirkung gerne.

Private Bildung Schweiz PBS vertritt die Anliegen der privaten Bildung in der Öffentlichkeit und gegenüber Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Form von Stellungnahmen, politischen Interventionen, Information und Sensibilisierung von Entscheidungsträger(innen). Im Zuge der Globalisierung und des raschen technologischen Wandels nimmt Wissen und Lernen als lebenslanger Prozess eine immer wichtigere Stellung in der Gesellschaft ein. Die Bildungspolitik der Schweiz ist das zentrale Thema von PBS.

Gemäss Art. 5 Abs. 1 der Bundesverfassung ist Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht. Nachdem wir feststellen dürfen, dass die koordinierte Umsetzung der Bildungsverfassung von 2006 gut angegangen wurde und heute eingespielt ist, fragen wir uns, ob gestützt auf diese Ausgangslage tatsächlich der Bedarf nach einem neuen Bundesgesetz besteht. Der Bildungsbereich ist u. E. sowohl horizontal als auch vertikal in der Zusammenarbeit gut aufgestellt. Gemäss dem erläuternden Bericht soll mit diesem neuen Bundesgesetz dem Bundesrat das Recht eingeräumt werden, mit den Kantonen im Rahmen der Zusammenarbeit und der Koordination im Bildungsbereich eine Vereinbarung abzuschliessen. Im Weiteren soll das BiZG die bestehenden Spezialerlasse nicht ersetzen. Schon bisher wurden und werden in den relevanten Vorhaben regelmässig Verträge zwischen den je zuständigen Organen von Bund und Kantonen abgeschlossen. Die rechtlichen Möglichkeiten und Grundlagen bestehen folglich bereits heute. Für PBS ist daher nach Einsichtnahme in die Vernehmlassungsunterlagen nicht ersichtlich, weshalb mit dem BiZG ein neues Bundesgesetz für die Bildungszusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen geschaffen werden muss. Sie funktioniert aus unserer Sicht – und dem Vernehmen nach auch aus Sicht der Kantone – ja bestens.

Finanzpolitisch stimmt uns die weitgehende Vollmacht zuhanden der Exekutive kritisch. Es wird für das Parlament kaum nachvollziehbar sein, welche finanziellen Auswirkungen der Abschluss einer Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen – die erst noch jederzeit ergänzt oder abgeändert werden kann – nach sich ziehen werden, da in diesem Gesetz nicht ansatzweise die Kriterien für die zu erwartenden finanziellen Verpflichtungen des Bundes festgelegt werden.

Wir lehnen die Vorlage ab, weil für uns die Notwendigkeit eines neuen Bundesgesetzes zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennbar ist.

* *

*

Wir hoffen, dass Sie unseren Anliegen entsprechen können und stehen Ihnen für ergänzende Fragen, Erläuterungen und Informationen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Private Bildung Schweiz PBS

Der Präsident



NR Dr. Gerhard Pfister

Der Sekretär



Markus Fischer